

---

# Spielarten des Kapitalismus

Martin Höpner

---

## 1 „Spielarten des Kapitalismus“ als Theorie der vergleichenden Policy-Forschung

Die vergleichende Staatstätigkeitsforschung verfährt in den meisten Fällen problemorientiert. Sie nimmt eine erklärungsbedürftige Beobachtung zum Ausgangspunkt – auffällige Unterschiede zwischen den Sozial-, Umwelt- oder Innovationspolitiken europäischer Länder beispielsweise –, und strebt danach, die vorgefundene Varianz aufzuklären. Auf der Suche nach Erklärungen werden die Policy-Forscherin und der Policy-Forscher nicht nur eine, sondern mehrere Theorien konsultieren, um zu prüfen, ob sich aus ihnen sinnvolle Hypothesen ableiten lassen, die im nächsten Schritt gegen das empirische Material geprüft werden können.<sup>1</sup> Theorien, die sich in diesem Sinne nutzen lassen, werden im vorliegenden Band als Theorieansätze bezeichnet, in Abgrenzung zu umfassenden Analyserahmen wie dem akteurzentrierten Institutionalismus. Einer dieser Theorieansätze ist „Spielarten des Kapitalismus“ (engl.: „varieties of capitalism“).

„Spielarten des Kapitalismus“ ist ein vergleichsweise junger Theoriebestand, der sich seit den 1990er Jahren entwickelt hat. Dieser Theoriezweig klassifiziert Länder anhand der durch Institutionen bereitgestellten Kapazität zur Koordination der Verhaltensweisen der am Unternehmensgeschehen beteiligten Wirtschaftssubjekte. Koordinierende Institutionen stellen die Interaktion der Unternehmen mit ihrer Umwelt auf eine langfristige und verlässliche Basis, was ihnen eine Reihe von Möglichkeiten eröffnet, aber auch Nachteile entfaltet. Ob und wie Koordination stattfindet, hat nach Ansicht der Ver-

---

1 In der Terminologie von Ganghof (2005): In der Mehrzahl der Anwendungen verfährt die Policy-Forschung *y*-zentriert. Sie fragt meist nicht nach den Effekten einer unabhängigen Variable auf eine Vielzahl abhängiger Variablen (das wäre ein *x*-zentriertes Vorgehen), sondern will die Ursachen für ein beobachtetes Phänomen (für ein *y*) aufdecken.

treter dieser Theorieschule weitreichende Konsequenzen für Produktions- und Innovationsstrategien, für nationale Wettbewerbsvorteile, für die politischen Präferenzen der Wirtschaftssubjekte und – aus Sicht der vergleichenden Policy-Forschung von besonderem Interesse – für die vorherrschenden Ziele der Wirtschaftspolitik. Ausgangspunkt der Klassifikation von Ländern ist dabei stets die Unterscheidung zwischen koordinierten Ökonomien wie Deutschland und Österreich und liberalen Marktökonomien wie den USA und Großbritannien. Obwohl die Grundzüge dieser Theorierichtung bereits in den frühen 1990er Jahren formuliert wurden (Soskice 1990a; Streeck 1991), nahm die Debatte insbesondere nach Veröffentlichung des 2001 erschienenen und von Peter A. Hall und David Soskice herausgegebenen Sammelbands „Varieties of Capitalism“ an Fahrt auf. Ohne Übertreibung kann „Spielarten des Kapitalismus“ als intensivste politökonomische Theoriedebatte der vergangenen ein bis zwei Dekaden gewertet werden.

Die nachfolgenden Abschnitte 2.1–2.5 widmen sich den Grundzügen des Konzepts, wobei wir uns an fünf Setzungen und Vorgehensweisen der „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker entlanghangeln werden.<sup>2</sup> Dabei handelt es sich um die Unternehmenszentrierung, um die Koordination in institutionellen Sphären, um das Konzept der institutionellen Komplementarität, um die Unterscheidung nationaler Spielarten des Kapitalismus und um die Folgen für wirtschaftliche Effizienz und institutionellen Wandel. Leserinnen und Lesern mit Erstkontakt zu diesem Theorieangebot mögen einige Einzelheiten zunächst fremdartig und merkwürdig erscheinen: Warum sollte man als Politikwissenschaftler ausgerechnet Unternehmen besondere Beachtung schenken? Und wie kann es sein, dass so offenkundig wichtige Dinge wie Parteien und politische Systeme in dem Theorieangebot nicht oder allenfalls marginal auftauchen? Behalten wir bei der Lektüre der nachfolgenden Unterabschnitte stets im Hinterkopf, dass die Leistung einer Theorie aus Sicht der vergleichenden Policy-Forschung nicht in ihrer Fähigkeit liegt, möglichst alle Elemente des Politikprozesses gleichzeitig zu erfassen. Für zahlreiche, zweifellos wichtige Aspekte der Politikproduktion beansprucht „Spielarten des Kapitalismus“ keine Zuständigkeit (vgl. aber Abschnitt 4). Die Leistung eines hilfreichen Theorieansatzes liegt vielmehr darin, distinkte Hypothesen zu generieren, die die Augen für bestimmte Aspekte einer komplexen Materie öffnen, die der Forscherin oder dem Forscher ansonsten möglicherweise verborgen geblieben wären (siehe hierzu die Abschnitte 3.1–3.3). Auf die spezifischen „Theoriebedürfnisse“ der Policy-Forschung werden wir im Schlussteil dieses Kapitels (Abschnitt 4) noch einmal zurückkommen.

---

2 Als weiterführende Einführungen in Theorie und Anwendungen empfehlen sich die Beiträge in dem 2001 erschienen Sammelband „Varieties of Capitalism“ sowie die Beiträge in dem 2007 erschienen Sammelband „Beyond Varieties of Capitalism“ (herausgegeben von Bob Hancké, Martin Rhodes und Mark Thatcher), zudem Deeg und Jackson (2007) und die kritische Einführung von Streeck (2011). Martin Schröder (2014) hat jüngst einen deutschsprachigen Einführungsband vorgelegt. Eine Fachzeitschrift mit besonderer Affinität zur Spielarten-des-Kapitalismus-Debatte ist *Socio-Economic Review*.

## 2 Grundzüge des Konzepts

### 2.1 Unternehmenszentrierung

Das Hauptaugenmerk der „Spielarten des Kapitalismus“-Theorie gilt Institutionen, verstanden als auf Dauer gestellte, meist verrechtlichte und daher sanktionsbewehrte Regeln. In dieser Hinsicht ist „Spielarten des Kapitalismus“ einigen anderen Theorieansätzen, die in der Policy-Forschung zur Anwendung kommen, nicht unähnlich.<sup>3</sup> Ungewöhnlich erscheint im Theorievergleich vielmehr, welche Art kollektiver Akteure als entscheidende Empfänger der institutionalisierten Regeln in den Blick genommen werden: nicht etwa Wähler oder Parteien, sondern vielmehr Unternehmen. Diese Setzung unterscheidet „Spielarten des Kapitalismus“ grundsätzlich von allen anderen Theorieangeboten der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. Um sie zu verstehen, lohnt ein kurzer theoriegeschichtlicher Blick auf die Themen- und Theoriekonjunkturen der Vergleichenden Politischen Ökonomie.

„Spielarten des Kapitalismus“ wurzelt in der Korporatismusdebatte der 1980er Jahre. Theoretiker des Korporatismus interessierten sich für die Organisation der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit in durchsetzungsfähigen Verbänden, für ihre Einbindung in die Politikproduktion und die Wirkungen auf wirtschaftliche *outcomes* (siehe hierzu Ebbinghaus i. d. B.). In der Frühphase beschäftigte sich ein Großteil dieser Forschung vor allem mit dem Faktor Arbeit: mit der Unterscheidung zwischen Einheits-, Branchen-, Berufs- und politischen Richtungsgewerkschaften beispielsweise, mit den Ursachen unterschiedlicher Grade an Arbeitskämpfintensität oder mit der Bereitschaft, sich im Tausch gegen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zusagen von Regierungen auf Phasen moderater Lohnpolitik zu verpflichten.

Mit der Zeit aber wuchs das Interesse an der Arbeitgeberseite. Man entdeckte, dass einige Länder Affinitäten zu korporatistischen Politikmustern aufwiesen, obwohl ihnen auf Seiten des Faktors Arbeit alle Merkmale des Korporatismus zu fehlen schienen. Die Schweiz beispielsweise verfügt über starke Arbeitgeberverbände, aber nur schwache Gewerkschaften. In einem weiteren Schritt begann man, funktionale Äquivalente der Koordination der Arbeitgeber über Verbände in die Theorie zu integrieren. So fand man auch in Japan Koordinationsmuster aufseiten der Unternehmen vor, die sich vom angloamerikanischen Konkurrenz- und Wettbewerbsmodell unterschieden. Die Koordination erfolgte hier aber nicht über Verbände, sondern über Industriegruppen. Die Genese des „Spielarten des Kapitalismus“-Konzepts lässt sich somit als schrittweise Weiterentwicklung eines bestimmten – arbeitgeberzentrierten – Zweigs der Korporatismusforschung verstehen. Besonders plastisch zeigt sich diese Verwurzelung in

---

3 Auch wenn auf diesen Umstand in aller Regel nicht explizit verwiesen wird, folgt die „Spielarten des Kapitalismus“-Forschung doch im Wesentlichen den Grundeinsichten des akteurzentrierten Institutionalismus (siehe Treib i. d. B.).

der Korporatismusforschung bei Soskice (1990b) in einer der frühesten Darstellungen der Unterscheidung zwischen koordinierten und liberalen Marktökonomien. In diesem Aufsatz entwickelt der Autor eine ländervergleichende Koordinationskala (siehe Abschnitt 2.4) durch Umsortierung einiger Länder auf einer Skala, die von Calmfors und Driffill (1988) zur Messung von Graden an Zentralisation der Lohnaushandlung (einem Teilaspekt des Korporatismus) entwickelt worden war.

## 2.2 Koordination in institutionellen Sphären

„Spielarten des Kapitalismus“ interessiert sich für die institutionalisierten Modi, mit denen sich Unternehmensleitungen untereinander und mit den Trägern der Ressourcen koordinieren, die für die Produktion gebraucht werden: mit Beschäftigten, Kunden und Zulieferern, Eigentümern, Kreditgebern und mit anderen Unternehmen. Unterschieden werden dabei zwei Koordinationsmodi, nämlich marktvermittelte Koordination einerseits und alle Formen langfristiger, strategischer Koordination andererseits. Nicht verwirren sollte hier, dass es sich bei der nichtmarktlichen, strategischen Koordination um eine heterogene Kategorie von Koordinationsformen handelt – kann strategische Koordination doch über recht unterschiedliche Mechanismen hergestellt werden, so etwa über Solidaritäts- und Reziprozitätsnormen, über Aushandlungsprozesse (sofern diese auf lange Frist angelegt sind – ansonsten würde man sie dem Marktmechanismus zuordnen) oder über Hierarchien (vergleiche Mayntz und Scharpf 1995 zu den Steuerungsmodi moderner Gesellschaften).

Diese Koordinationsmodi werden in einer begrenzten Anzahl institutioneller Sphären (manchmal auch als Domänen bezeichnet) verortet, wobei sich Anzahl und Spezifizierung dieser Sphären in unterschiedlichen Darstellungen unterscheiden. Vor allem sind folgende vier Sphären zu nennen: Arbeitsbeziehungen, Unternehmensfinanzierung und -kontrolle (Corporate Governance), Ausbildungswesen und eine heterogene Kategorie, in der es um die Koordination *zwischen* Unternehmen geht und die sich auf Felder wie die Produktstandardisierung, den Technologietransfer und die allgemeine Wettbewerbspolitik erstreckt.<sup>4</sup> Was bedeutet es konkret, wenn man sagt, man finde in diesen Sphären vor allem strategische Koordination oder vor allem Marktkoordination vor?

- 1) *Arbeitsbeziehungen*: In koordinierten Ökonomien findet die Lohnaushandlung vor allem oberhalb der Unternehmensebene statt, in liberalen Marktökonomien vor allem auf Unternehmensebene. In vielen koordinierten Ökonomien werden die Be-

---

4 Bei Hall und Soskice (2001, S. 24) wird zudem die interne Unternehmensstruktur als eigenständige Sphäre definiert. Dabei geht es beispielsweise um die für Deutschland typische Separierung der Leitungsorgane großer Aktiengesellschaften in Vorstand und Aufsichtsrat und um die Aufsichtsratsmitbestimmung der Arbeitnehmer. Diese Merkmale sind zweifellos wichtig, lassen sich aber plausibel den Sphären der Unternehmenskontrolle und der Arbeitsbeziehungen zuordnen.

schäftigten über Mitbestimmungsgesetze nicht nur an der Gestaltung sozialer Angelegenheiten auf betrieblicher Ebene beteiligt (betriebliche Mitbestimmung), sondern auch an den Leitungsfunktionen der Unternehmen (Unternehmensmitbestimmung) – eine Institution, die allen liberalen Marktökonomien fremd ist.

- 2) *Unternehmenskontrolle*: In koordinierten Ökonomien haben Großunternehmen Zugang zu „geduldigem Kapital“, dessen Träger stets in der einen oder anderen Form einen privilegierten Zugang zu den Unternehmen besitzen. Das gilt sowohl für das Fremd- als auch für das Eigenkapital: Banken unterhalten in koordinierten Ökonomien langfristige Beziehungen zu Unternehmen und beteiligen sich an der Unternehmensaufsicht, ebenso wie Eigenkapitalgeber, die typischerweise in großen Aktienblöcken zusammengefasst und daher handlungsfähiger als breit gestreute Einzelaktionäre sind. Streubesitz an Unternehmen und Kontrolle über die Kapitalmärkte sind hingegen für liberale Marktökonomien typisch.
- 3) *Ausbildungswesen*: In koordinierten Ökonomien werden die zur Produktion notwendigen Fertigkeiten der Beschäftigten in überdurchschnittlichem Maß im Unternehmen selbst hervorgebracht, die Sozialpartner beteiligen sich an der Regulierung betrieblicher Ausbildungsgänge. In den liberalen Marktökonomien findet hingegen mehr Ausbildung außerhalb der Unternehmen in Fachschulen und Universitäten statt, die so erlernten Fertigkeiten können von den Unternehmen marktvermittelt beschafft werden (vergleiche Busemeyer 2009 für eine umfassendere Typologie von Ausbildungsregimen).
- 4) *Wettbewerbsregime*: Liberale Marktökonomien verfügen über eine rigidere Wettbewerbspolitik als koordinierte Ökonomien. Um ein abseitiges, dafür aber anschauliches Beispiel zu wählen: Wer in den USA Werbefernsehen schaut, stellt fest, dass vergleichende Werbung dort nichts Ungewöhnliches ist. Coca-Cola wirbt damit, dass ihre Koffeinbrause besser ist als die von Pepsi, Burger King damit, dass ihre Hamburger größer sind als die von McDonald's, usw. In vielen europäischen Ländern hingegen war vergleichende Werbung lange Zeit untersagt, was sich als wettbewerbsbegrenzender Nichtangriffspakt zwischen Unternehmen deuten ließe. Und auch nach der Liberalisierung durch eine europäische Richtlinie aus dem Jahr 2000 hat sich vergleichende Werbung in Ländern wie Deutschland nicht vollständig durchgesetzt.

Nach Lektüre dieser Beispiele für marktvermittelte und langfristig-strategische Koordination mag sich ein Einwand aufdrängen. Zwar wird man nicht bestreiten, dass die beschriebenen Unterschiede in Ländern wie den USA und Deutschland tatsächlich existieren, wenn man Institutionen und „durchschnittliche“, „typische“ Unternehmen vergleicht. Aber gibt es nicht auch in koordinierten Ökonomien wie Deutschland Unternehmen oder ganze Sektoren, auf die die Beschreibungen nicht zutreffen – Unternehmen ohne Betriebsrat und ohne Unternehmensmitbestimmung, die nicht an Flächentarifverträge gebunden sind, die kaum oder überhaupt nicht ausbilden, nicht Mitglied eines Arbeitgeberverbands sind, deren Aktienkapital breit gestreut ist, die sich zuvor-

derst über die Börse finanzieren und die keine engen Management- und Unternehmensnetzwerke geknüpft haben? Dieser Einwand ist berechtigt, zerstört die Grundeinsichten der „Spielarten des Kapitalismus“-Forschung aber nicht. Denn ihr Bezugspunkt sind zunächst einmal nicht Real-, sondern Idealtypen. Das Konzept arbeitet mit zugespitzten Beschreibungen von Unterschieden, die nicht auf jeden Realtyp zutreffen müssen. Als Ausgangspunkt für eingehendere Theoretisierungen ist ein solch „idealisiertes“ Vorgehen legitim und es unterscheidet sich auch nicht grundlegend vom Vorgehen etwa der Korporatismusforschung oder der vergleichenden Demokratieforschung – jedenfalls dann, wenn diese Forschungen nach der Bildung ländervergleichender Kategorien streben. Gleichwohl gilt festzuhalten: Realtypische Produktionsregime sind heterogener, als die idealtypischen Zuschreibungen es zunächst einmal nahelegen.

### 2.3 Institutionelle Komplementarität

Wir haben bereits gesehen, dass sich „Spielarten des Kapitalismus“ den institutionalistischen Traditionen zuordnen lässt (siehe Treib i. d. B.). Das gilt für mehrere der in diesem Band vorgestellten Theorien (vergleiche etwa Ganghof und Schulze i. d. B.). Ein distinktes Merkmal von „Spielarten des Kapitalismus“ ist aber die Betonung einer spezifischen Eigenschaft institutioneller Konfigurationen: die institutionelle Komplementarität. Will man demnach die Wirkungen von Institutionen verstehen, genügt es nicht, die Funktionen einzelner Institutionen zu analysieren und die so erfassten Wirkungen anschließend zu aggregieren. Vielmehr interessieren sich „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker vor allem für das spezifische Zusammenwirken institutioneller Konfigurationen, man könnte sagen: für institutionelle Querwirkungen. Institutionelle Komplementarität liegt vor, wenn die Funktionalität einer Institution von der Präsenz anderer Institutionen abhängt.<sup>5</sup>

Der spezifische Wettbewerbsvorteil von Unternehmen aus koordinierten Ökonomien liegt, der Theorie zufolge, in ihrer Fähigkeit zur langfristigen inkrementellen Innovation bei Qualitätsprodukten (Abschnitt 2.5). Ein institutionelles Umfeld, das dies ermöglicht, verfügt *sowohl* über Institutionen der Unternehmensfinanzierung, die die Bereitstellung „geduldrigen“ Kapitals fördern, *als auch* über Institutionen des Kündigungsschutzes und der Mitbestimmung, die die Kernbelegschaften langfristig an das Unternehmen binden. Der spezifische Wettbewerbsvorteil von Unternehmen aus liberalen Marktökonomien liegt hingegen in ihrer Fähigkeit, schnell in neue Produktionsweisen vorzudringen, dort radikale Innovationen hervorzubringen und sich gebe-

---

5 In der Forschungspraxis findet sich leider eine verwirrende Vielfalt an Definitionen institutioneller Komplementarität. Mitunter wird der Begriff auch zur Kennzeichnung struktureller Ähnlichkeit (stimmigere Bezeichnung: Kohärenz) oder zur Kennzeichnung der Kombinierbarkeit von Institutionen (stimmigere Bezeichnung: Kompatibilität) verwendet. Siehe hierzu auch die in Ausgabe 2/2005 der Zeitschrift Socio-Economic Review geführte Debatte über institutionelle Komplementarität.

nenfalls schnell wieder aus der Nische zurückzuziehen. Ein institutionelles Umfeld, das dies ermöglicht, verfügt *sowohl* über Institutionen, die die Bereitstellung von Risikokapital begünstigen, *als auch* über Arbeitsmarktinstitutionen, die nicht nur die rasche Einstellung, sondern auch die rasche Entlassung qualifizierter Beschäftigter ermöglichen. Der „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker formuliert: In diesen Beispielen wirken die Institutionen der Unternehmensfinanzierung und die Arbeitsmarktinstitutionen komplementär.

Eigentlich erscheint die Einsicht in die Eigenschaft der institutionellen Komplementarität naheliegend, zumindest aber nicht besonders kompliziert. Gleichwohl hat sie weitreichende Konsequenzen für das Denken über Institutionen. Wie ist es um die Produktivitäts- und Profitabilitätswirkungen der Arbeitnehmermitbestimmung bestellt? Entfaltet der Kündigungsschutz produktive oder destruktive Wirkungen auf die Innovationskraft von Unternehmen? Studien zu solchen und ähnlichen Fragen füllen Regale der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bibliotheken. „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker aber lehnen solche Fragen als grundsätzlich fehlgeleitet ab. Institutionen sind stets in übergreifenden institutionellen Konfigurationen und zudem in spezifischen historischen Kontexten verortet. Ob eine Institution wie beispielsweise der Kündigungsschutz neben dem naheliegenden Arbeitnehmerschutz auch Produktivitätswirkungen entfaltet, lässt sich nur in Kenntnis der Eigenschaften der anderen Institutionen des Produktionsregimes und der „Querwirkungen“ zwischen ihnen beantworten. Was, wenn wir ein Produktionsregime annehmen, dessen Wettbewerbsvorteile auf der Ausbildung von Fertigkeiten beruhen, die nur intern – im Unternehmen – erbracht und also nicht über den unternehmensexternen Arbeitsmarkt beschafft werden können? Welche Institutionen wären (neben einer funktionalen Regulierung des betrieblichen Ausbildungswesens) vonnöten, um älteren Beschäftigten zu ermöglichen, ihre Fertigkeiten an Jüngere weiterzugeben, ohne befürchten zu müssen, im Anschluss durch den jüngeren und potenziell produktiveren Beschäftigten ersetzt und also gekündigt zu werden? Müsste man diesem Träger unternehmensspezifischer Skills nicht einen einklagbaren Kündigungsschutz zubilligen? Und wenn das so ist – wäre dann nicht einzuräumen, dass der Kündigungsschutz nicht nur Wirkungen im Sinne des Arbeitnehmerschutzes, sondern auch Effizienz- und Profitabilitätswirkungen entfaltet?

Das führt uns zu einem interessanten Punkt, den wir in Abschnitt 3.2 noch einmal vertiefen werden: „Spielarten des Kapitalismus“ hat eine kontroverse, neuartige Fachdebatte über die Funktionslogiken und machtpolitischen Ursprünge sozialpolitischer Institutionen ausgelöst. Denn wenn die Annahme begründet erscheint, dass Institutionen wie der Kündigungsschutz produktive Beiträge zu Produktion und Wettbewerbskraft leisten können, ist folgerichtig auch die Frage berechtigt, ob der Kündigungsschutz denn tatsächlich *gegen* die Interessen der Unternehmen durchgesetzt werden musste. Eben diese Frage stellen „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker nicht nur in Bezug auf den Kündigungsschutz, sondern auch für im engeren Sinne sozialpolitische Institutionen wie beispielsweise die Arbeitslosenunterstützung.

## 2.4 Nationale Spielarten des Kapitalismus

Mit Hilfe der in den vorigen Abschnitten skizzierten Unterscheidungen lassen sich empirisch vorgefundene Realtypen zu Gruppen oder in Rangfolgen sortieren (siehe Tabelle 1). Hall und Soskice (2001) arbeiten mit der Unterscheidung zwischen koordinierten Ökonomien und liberalen Marktökonomien und klassifizieren zudem einige Fälle als Mischtypen (Spalte 2 der Tabelle). Verschiedentlich wurden Verfeinerungen dieser Typologie vorgeschlagen. So unterscheidet Amable (2003, Kap. 5) fünf Typen: den marktbasieren, den asiatischen, den sozialdemokratisch-nordischen, den mediterranen sowie den kontinentaleuropäischen Kapitalismus (Spalte 3).<sup>6</sup> In der Forschungspraxis erweisen sich solche Typologisierungen insbesondere dann als hilfreich, wenn es gilt, Länder für qualitative Vergleiche mit kleiner Fallzahl auszuwählen. Unumstritten ist die Bildung solcher Länderkategorien indes nicht. Kritiker haben clusteranalytisch gezeigt, dass die entstehenden Gruppen recht instabil sind. Sie verändern sich, sobald vergleichsweise wenige Indikatoren durch andere ersetzt werden, und entsprechend wechseln einige Länder im Zeitverlauf ihre Gruppenzugehörigkeiten (Ahlquist und Breunig 2009; Schneider und Paunescu 2012).

Wir sehen: Offenbar darf man sich die Welt unterschiedlicher Kapitalismen nicht allzu kategorial vorstellen, sondern als eine sich ständig im Fluss befindliche und zudem mit vielen Graustufen zwischen den Typen ausgestattete Vielfalt. Und dass umstritten ist, welche Indikatoren eigentlich die entscheidenden sind, macht die Sache nicht gerade einfacher. Letztlich, so könnte man sagen, repräsentiert jeder vorgefundene Realtyp ein eigenes Kapitalismusmodell („each case is a special case“). Aber auch diese Lösung, die den gänzlichen Verzicht auf Typenbildungen nahelegen würde, ist nicht wirklich befriedigend. Denn für die Theoriebildung hat die Unterscheidung von Kategorien, mit all ihren Schwächen, eine wichtige Funktion.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, lediglich zwei Typen zu definieren und die vorgefundenen Realtypen auf einer Achse zwischen ihnen zu verorten. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass der Anschein eindeutiger kategorialer Zuordnungen vermieden wird. Allerdings bleiben solche Skalen beispielsweise gegenüber Amables Typologie (5 Typen) unterkomplex. Tabelle 1 zeigt zwei solcher Messversuche: Hall und Gingers Index des Ausmaßes an strategischer Koordination in Ökonomien (Spalte 4) sowie Höpners Skala des Organisierten Kapitalismus (Spalte 5) (siehe die Legende der Tabelle für die Einzelheiten der Definitionen). Der Unterschied zwischen diesen Skalen besteht darin, dass es im ersten Messkonzept um die horizontale Koordination zwischen Unter-

---

6 Weitere Vorschläge zur Typologisierung finden sich beispielsweise bei Schmidt (2002) und bei Hancké et al. (2007). Siehe auch Nölke und Vliegthart (2009), die argumentieren, dass sich in Osteuropa eine spezifische Form von Produktionsregimen im Sinne des „Spielarten des Kapitalismus“-Konzepts herausgebildet hat.

nehmen geht, im zweiten hingegen um die „Aufladung“ der Unternehmen mit oberhalb der Unternehmensebene angesiedelten Zielsetzungen (vgl. die Einzelheiten in Höpner 2007). Je nach zu beforschender Problemstellung lassen sich also die Erklärungskräfte der einen, der anderen oder beider Konzepte testen. Konzentrieren wir uns an dieser Stelle aber nicht auf die Unterschiede zwischen den Konzepten und Indikatoren, sondern auf die Gemeinsamkeiten: Beide Konzepte haben ihre Ursprünge erkennbar in der „Spielarten des Kapitalismus“-Diskussion, was dadurch zum Ausdruck kommt, dass sie Beobachtungen aus unterschiedlichen Sphären – hier vor allem: der Arbeitsbeziehungen und der Unternehmenskontrolle (Corporate Governance) – miteinander kombinieren. Und trotz einiger Unterschiede sind mehrere Länder auf den Skalen auffällig ähnlich positioniert. Auf beiden Skalen befinden sich die englischsprachigen Länder USA, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland am einen, „marktbasierten“ Ende und die kontinentaleuropäischen Länder Deutschland, Österreich, die Niederlande und Belgien am anderen, „koordinierten“ oder „organisierten“ Ende.

## 2.5 Komparative Vorteile und institutioneller Wandel

Zu den Grundeinsichten der „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker gehört, dass es kein optimales, allen anderen Konfigurationen überlegenes Wirtschaftsmodell gibt. Vielmehr erlauben koordinierte Ökonomien und liberale Marktökonomien die Ausschöpfung unterschiedlicher komparativer Vorteile. Koordinierte Ökonomien ermöglichen die langfristige Erzielung von Kooperationsgewinnen zwischen den am Produktionsgeschehen Beteiligten, was als günstiges Umfeld für die so genannte inkrementelle Innovationen gilt. In einem für die Genese des „Spielarten des Kapitalismus“-Konzepts besonders wichtigen Aufsatz hat Streeck (1991) diese Produktionsweise als „diversifizierte Qualitätsproduktion“ bezeichnet. Sie findet sich etwa in der Automobilindustrie und im Maschinenbau – und es wird nicht überraschen, dass genau dies die Sektoren sind, die Deutschland immer wieder zum Exportweltmeister machen. Liberale Marktökonomien sind hingegen nicht auf die Ausschöpfung der Vorteile langfristiger Kooperation ausgerichtet. Ihr Vorteil ist ein anderer: das enorme Maß an Flexibilität, das entsteht, wenn sich alle zur Produktion notwendigen Elemente auf Märkten beschaffen und ggf. auch wieder abstoßen lassen. Diese Flexibilität begünstigt laut Theorie einen Innovationstyp, der in Abgrenzung zur inkrementellen als radikale Innovation bezeichnet wird. Ein vorteilhaftes Umfeld stellen solche Ökonomien beispielsweise für Finanzdienstleistungen, Biotechnologie, Pharmazeutika, Telekommunikation und Informationstechnologie bereit (besonders anschaulich: Schröder 2014, Kap. 5; kritisch: Taylor 2004).

Dass es kein optimales Wirtschaftsmodell gibt, impliziert für Hall und Soskice (2001) aber nicht, dass alle institutionellen Konfigurationen gleichermaßen vielversprechend sind. Vielmehr gehen sie davon aus, dass Produktionsregime insbesondere dann zur Ausschöpfung der Potenziale institutioneller Komplementarität geeignet sind, wenn sie

**Tabelle 1** Länderskalen in der „Spielarten des Kapitalismus“-Forschung (20 OECD-Länder, unterschiedliche Bezugszeiträume)

	Hall und Soskices kategoriale Zuordnung, 1990er Jahre	Amables kategoriale Zuordnung, 1990er Jahre	Hall und Gingerichs Koordinations-Index, 1990er Jahre	Höpners Index des organisierten Kapitalismus, 1990er und 2000er Jahre
Australien	1	1	0,36	-0,14
Belgien	3	3	0,74	0,34
Dänemark	3	4	0,70	0,71
Deutschland	3	3	0,95	0,94
Finnland	3	4	0,72	1,28
Frankreich	2	3	0,69	-0,36
Großbritannien	1	1	0,07	-0,93
Irland	1	3	0,29	-0,48
Italien	2	5	0,87	0,05
Japan	3	2	0,74	-1,17
Kanada	1	1	0,13	-1,36
Neuseeland	1	-	0,21	0,23
Niederlande	3	3	0,66	0,80
Norwegen	3	3	0,76	0,70
Österreich	3	3	1,00	1,87
Portugal	2	5	0,72	-0,54
Schweden	3	4	0,69	1,20

	Hall und Soskices kategoriale Zuordnung, 1990er Jahre	Amables kategoriale Zuordnung, 1990er Jahre	Hall und Gingerichs Koordinations-Index, 1990er Jahre	Höpners Index des organisierten Kapitalismus, 1990er und 2000er Jahre
Schweiz	3	3	0,51	-1,10
Spanien	2	5	0,57	-0,09
USA	1	1	0,00	-1,93

Spalte 1: Ländername.

Spalte 2: Kategoriale Länderzuordnung nach Hall und Soskice. 1 = Liberale Marktökonomien (LMEs); 2 = Mischtypen; 3 = Koordinierte Marktökonomien (CMEs). Bezugszeitraum: 1990er Jahre. Quelle: Hall und Soskice (2001, S. 19–21).

Spalte 3: Kategoriale Zuordnung nach Amable. 1 = Marktbasierter Kapitalismus; 2 = asiatischer Kapitalismus; 3 = kontinentaleuropäischer Kapitalismus; 4 = sozialdemokratischer Kapitalismus; 5 = mediterraner Kapitalismus. Bezugszeitraum: 1990er Jahre. Quelle: Amable (2003, S. 173).

Spalte 4: Index der strategischen Koordination in Produktionsregimen nach Hall und Gingerich. Hohe Werte indizieren ein hohes Ausmaß an strategischer Koordination. Kombiniertes Index aus sechs Einzelskalen: (1) Rechte von Minderheitsaktionären; (2) Anteil von Aktien in Streubesitz; (3) Marktkapitalisierung börsennotierter Unternehmen; (4) Ebene der Lohnkoordination; (5) Ausmaß an Lohnkoordination; (6) Arbeitsmarktsituation. Bezugszeitraum: 1990er Jahre. Quelle: Hall und Gingerich (2004, S. 14).

Spalte 5: Index des organisierten Kapitalismus nach Höpner. Hohe Werte indizieren ein hohes Ausmaß an Organisiertheit. Kombiniertes Index aus vier Einzelskalen: (1) Aktienanteile im Besitz öffentlicher Gebietskörperschaften und Unternehmen; (2) Arbeitnehmermitbestimmung auf Ebene der Leitungsorgane von Unternehmen; (3) Organisationsquote Arbeitgeberverbände; (4) Organisationsquote Gewerkschaften. Bezugszeitraum: 1990er und 2000er Jahre. Quelle: Höpner (2007, S. 14).

in kohärenter Weise – also: stringent koordiniert oder stringent marktförmig – organisiert sind. Hall und Gingerich (2004) argumentieren, dass sich die Stimmigkeit dieser Überlegungen an ländervergleichenden makroökonomischen Daten ablesen lässt. Sie untersuchen Zusammenhänge zwischen den Graden an Koordiniertheit von Ökonomien und Wachstumsraten der 1970er bis 1990er Jahre. Unter statistischer Kontrolle für zahlreiche weitere Variablen zeigen sie einen U-Kurven-förmigen Zusammenhang dahingehend, dass kohärent koordinierte und kohärent liberale Ökonomien höhere Wachstumsraten hervorbringen als Mischtypen.<sup>7</sup> „Wenn, dann richtig“, so ließe sich die Implikation auf den Punkt bringen: Verfügt ein Produktionsregime über viele koordinierende Eigenschaften, dann erschiene es vorteilhaft, auch die restlichen Elemente auf die Ermöglichung langfristiger strategischer Koordination umzustellen, um auf diese Weise Kohärenz zu maximieren und also die optimale Ausschöpfung der Potenziale institutioneller Komplementarität zu erlauben.

Interessant ist nun, dass aus diesen Überlegungen zur Überlegenheit kohärenter Produktionsregime eine Hypothese über langfristigen institutionellen Wandel folgt. Denn welche Reaktionen auf ökonomische Schocks und auf Wettbewerbsdruck wären zu erwarten, wenn Hall und Soskice mit den oben skizzierten Überlegungen Recht hätten? Sowohl in koordinierten Ökonomien als auch in liberalen Marktökonomien sollten die Politiker mit Strategien der Kohärenzmaximierung reagieren, was allerdings höchst unterschiedliche Formen annehmen sollte: Reformen zur Steigerung der strategischen Koordinationskapazitäten in den koordinierten Ökonomien, Liberalisierung hingegen in den liberalen Marktökonomien.<sup>8</sup> Im Prinzip müssten Produktionsregime im Zuge von Wettbewerbsverschärfungen und ökonomischen Schocks daher immer unterschiedlicher beziehungsweise „extremer“ werden (Soskice 1999, S. 123 spricht von „bi-furcated convergence“).

Das ist zweifellos eine faszinierende Hypothese (auf die wir in Abschnitt 3.1 noch einmal zurückkommen werden). Die Leserinnen und Leser werden die Hypothese aber unmittelbar als ziemlich gewagt erkennen. Was alles gegeben sein muss, damit diese Überlegungen zutreffen! Zunächst einmal müssten die Wachstumswirkungen der Kohärenz nicht nur vorhanden, sondern auch sehr deutlich sein. Desweiteren müssten die Politiker und Interessensgruppen die etwaige Vorteilhaftigkeit einer Strategie der Kohä-

---

7 Bemerkenswert ist hier, dass es sich um einen innovativen Beitrag zur Debatte über die politisch-institutionellen Bestimmungsgründe des Wirtschaftswachstums handelt. Während es der vergleichenden Policy-Forschung gelang, Einsichten in die Determinanten von makroökonomischen Aggregaten wie Arbeitslosigkeit und Inflation beizusteuern, die sich zumindest für bestimmte Zeiträume als stabil erwiesen, zeigten sich für die Bestimmungsgründe des Wirtschaftswachstums allenfalls schwache Zusammenhänge (siehe die Einzelheiten in Obinger 2004).

8 „[N]ations with a particular type of coordination in one sphere of the economy should tend to develop complementary practices in other spheres as well“ (Hall und Soskice 2001, S. 17).

renzmaximierung durchschauen – und sie auch dann akzeptieren, wenn die jeweilige Strategie zunächst einmal den eigenen Interessen zuwiderläuft. Beispielsweise könnte ein Mehr an Koordination in den koordinierten Ökonomien ja ein Mehr an Arbeitnehmermitbestimmung bedeuten – eine Aussicht, von der Arbeitgeber gewiss nicht auf Anhieb begeistert wären. Aber nicht nur müssten die Reformen machtpolitisch durchsetzbar sein, sie müssten auch gesellschaftspolitisch machbar sein. Institutionen existieren schließlich nicht im luftleeren Raum, sie sind vielmehr in den spezifischen Traditionen von Ländern verwurzelt. Weitere Einwände ließen sich anführen. Nichts am „Spielarten des Kapitalismus“-Konzept wurde so engagiert und nahezu einhellig kritisiert wie der krude Funktionalismus – Funktionalismus im Sinne von: Funktion determiniert Struktur – der „bi-furcated convergence“-These (besonders nachdrücklich: Streeck 2009). In Abschnitt 3.1 werden wir sehen, dass die „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker ihre Aussagen an genau dieser Stelle spürbar relativiert haben.

---

### 3 Empirische Anwendungen

„Spielarten des Kapitalismus“ hat eine der lebhaftesten und kontroversesten politökonomischen Debatten der vergangenen ein bis zwei Dekaden angestoßen. Der Umfang empirischer Anwendungen steht der Anzahl an theoriebezogenen Debattenbeiträgen in nichts nach. Nicht nur der Umfang, auch die Bandbreite an empirischen Gegenständen, die in der jüngeren Vergangenheit unter Bezugnahme auf das „Spielarten des Kapitalismus“-Konzept analysiert wurden, ist beeindruckend. Untersucht wurden die Personalpraktiken von Unternehmen (Iseke und Schneider 2012), weltweite makroökonomische Ungleichgewichte (Kalinowski 2013), die Determinanten des Glücks (Pryor 2010, Kap. 7), die Einkommensungleichheit (Rueda und Pontusson 2000), nationale Präferenzen in Fragen internationaler Zusammenarbeit (Fioretos 2001), Strategien institutioneller Investoren (Goyer 2006), der Wandel von Telekommunikationssektoren (Thatcher 2004), globale Rechnungslegungsstandards (Walker 2010), der slowenische Sonderweg (Crowley und Stanojević 2011), Strategien gegen Klimawandel (Mikler 2009), die Macht des Europäischen Gerichtshofs (Höpner und Schäfer 2012), Langzeitarbeitslosigkeit (Chilosi 2012), Kompetenzen von Hochschulabsolventen (Hoelscher 2012), Corporate Social Responsibility in Nigeria (Amaeshi und Amao 2009) – und diese Aufzählung ließe sich noch lange fortführen. Wenn der Gebrauchswert einer Theorie darin besteht, interessante Hypothesen zu generieren, die sich gegen unterschiedlichste empirische Beobachtungen testen lassen, dann hat sich „Spielarten des Kapitalismus“ offenbar als nützlich erwiesen.

Betrachten wir nachfolgend drei Diskussionsstränge etwas eingehender, und zwar die Debatten über Liberalisierung in Deutschland, über Sozialpolitik und über die Finanzkrise der Jahre 2007–2010.<sup>9</sup>

### 3.1 Wandel des deutschen Produktionsregimes

In Abschnitt 2.5 haben wir die Hypothese der „gegabelten Konvergenz“ (bi-furcated convergence) kennengelernt, der zufolge Produktionsregime ihre Eigenschaften im Zeitverlauf immer stärker herausbilden, vervollkommen, ja radikalieren sollten. Genau genommen sollte Liberalisierungspolitik daher nur in liberalen Marktökonomien, nicht aber in koordinierten Ökonomien auftreten. Diese Vorhersage, das wird schnell deutlich, ist nicht haltbar. Es lässt sich kaum bestreiten, dass die entwickelten Industrieländer spätestens seit den frühen 1990er Jahren von einer Welle der Liberalisierung erfasst wurden (Höpner et al. 2011; so auch Hall 2007, S. 39; Hall und Thelen 2009, S. 22–24). Wie wir ebenfalls bereits in Abschnitt 2.5 gesehen haben, ist die Hypothese einer im Zeitverlauf zunehmenden Kohärenz der institutionellen Konfigurationen von Produktionsregimen (Hall und Soskice 2001, S. 17) in der Fachwelt besonders kritisch aufgenommen worden, und genau dies ist auch die Stelle, an der Vertreter der „Spielarten des Kapitalismus“-Theorie im Verlauf der jüngeren Debatten am deutlichsten zurückgerudert sind. Die (vermeintliche) Effizienz von Institutionen, so stellen sie klar, ist nur *eine* unter vielen Triebkräften institutionellen Wandels (Hall 2005, S. 375; Hancké et al. 2007, S. 12–14). Es gibt aber viele andere solcher Triebkräfte, die sich zum Teil außerhalb der Reichweite der Theorie befinden, zum Teil aber auch durchaus in die Theorie integrieren lassen (siehe hierzu auch Abschnitt 4). So argumentieren Hall und Thelen (2009, S. 25–26), entscheidend für den Wandel von Institutionen seien nicht die erwarteten Effizienzeffekte, sondern die Verteilungswirkungen auf jene Akteurskoalitionen, die die im Wandel begriffene Institution in der Vergangenheit stützten.

Nach diesen konzeptionellen Klarstellungen also besteht kein Grund mehr für die Annahme, Liberalisierungspolitik könne nur in liberalen Marktökonomien auftreten. In einer abgeschwächten Variante aber halten die „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker an ihrer Vorhersage fest: Sie halten Pfadwechsel, die koordinierte Ökonomien in die Gruppe der liberalen Marktökonomien überführen, für unwahrscheinlich. Liberalisierungspolitik existiere, führe aber nicht zu einer Konvergenz der Produktionsregime, sondern zu einer flexibleren Spielart der koordinierten Ökonomien, die an den entscheidenden Stellen ihre Koordinationskapazitäten gleichwohl beibehielten (Hall 2007, S. 69). In der Debatte hierüber fungiert insbesondere Deutschland – in seiner Ei-

---

<sup>9</sup> Siehe hierzu auch Höpner (2009, Abschnitt 3), wo zwei weitere Diskussionsstränge eingehender betrachtet werden: die Debatten über die Geschlechtersegregation in unterschiedlichen Produktionsregimen sowie über die variierenden Funktionslogiken makroökonomischer Politik.

genschaft als Paradefall einer koordinierten Ökonomie (vergleiche die Positionierung Deutschlands in Tabelle 1, Abschnitt 2.4) – als empirischer Testfall.

Die Diskussion hierüber ist in vollem Gange und ihr Ergebnis ist offen. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass sich keine Schwellenwerte benennen lassen, ab der die kumulierten Wirkungen von Liberalisierung den Grundcharakter eines Produktionsregimes verschieben. Auch finden sich zwischen den im „Spielarten des Kapitalismus“-Konzept unterschiedenen Sphären recht heterogene Entwicklungen, und als nicht minder uneinheitlich erweisen sich die Befunde, wenn man innerhalb ein und derselben Sphäre, beispielsweise der Arbeitsbeziehungen, zwischen Wirtschaftssektoren oder etwa zwischen Größenklassen betroffener Unternehmen unterscheidet. So bleiben große deutsche Exportunternehmen des verarbeitenden Gewerbes in aller Regel mitbestimmt und an Flächentarifverträge gebunden, bei kleinen und mittleren Unternehmen – insbesondere etwa in Ostdeutschland – ist die Erfassung durch diese Institutionen hingegen alles andere als eine Selbstverständlichkeit (Bispinck und Schulten 2009; Kißler et al. 2011). Auch in der Sphäre der Unternehmenskontrolle (Corporate Governance) finden wir uneinheitliche Entwicklungen. So stehen einer rapiden Annäherung des Finanzsektors an angloamerikanische Muster (Beyer 2004) und einer Auflösung der für Deutschland lange Zeit so typischen Kapitalverflechtungen zwischen Großunternehmen (Beyer 2007) beispielsweise Eigentümerstrukturen von Großunternehmen gegenüber, die weiterhin vergleichsweise konzentriert sind (Culpepper 2005, S. 189–190).

Wir sehen: Die Frage, ob koordinierte Ökonomien auch unter verschärftem Wettbewerbsdruck koordinierte Ökonomien bleiben, ist letztlich „zu groß“ gestellt und nicht mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Halten wir aber fest, dass „Spielarten des Kapitalismus“ einen geeigneten Bezugspunkt für empirische Überprüfungen bereitstellt. In zahlreichen jüngeren Analysen zum politökonomischen Wandel in Deutschland wurde die Theorie, wenn auch zuweilen unter kritischer Abgrenzung (siehe etwa Streeck 2009), als Ausgangspunkt, als Lieferant von Hypothesen oder als Kontrastfolie für weitergehende Überlegungen genutzt.

### 3.2 Die neue Wohlfahrtsstaatsdebatte

Dieser Abschnitt verdeutlicht, dass „Spielarten des Kapitalismus“ zur Generierung neuartiger Hypothesen über die Ursprünge und die Genese des modernen Wohlfahrtsstaats beiträgt. Bei der Sozialpolitik handelt es sich um einen Teilbereich der Staatstätigkeit, der von der vergleichenden Policy-Forschung seit jeher besonders intensiv beforscht wurde (siehe Häusermann i. d. B.).<sup>10</sup> Denken wir zunächst an die Überlegungen zum Kündigungsschutz aus Abschnitt 2.3 zurück. Die unmittelbare Funktion dieser Institution, so haben wir dort gesehen, ist der Arbeitnehmerschutz. Aufgrund der institu-

---

10 Dieser Unterabschnitt ist gekürzt und mit einigen Änderungen Höpner (2009, S. 315–317) entnommen.

tionellen Komplementarität aber, so einige „Spielarten des Kapitalismus“-Theoretiker, könne der Kündigungsschutz durchaus funktionale Beiträge zu Produktivität und Innovation leisten – und zwar dann, wenn wir gleichzeitig in der Sphäre der Humankapitalproduktion unternehmensspezifisches – nicht über Unternehmensgrenzen hinweg transferierbares – Humankapital vorfinden.

Nehmen wir nun in leichter Modifikation dieser Überlegungen an, das von den Unternehmen benötigte Humankapital sei zwar nicht gänzlich unternehmensspezifisch, aber sektorspezifisch. Es sei im Prinzip transferierbar, der hierfür in Frage kommende Pool an Unternehmen sei aber klein und folglich müsse im Fall von Kündigungen mit einer vergleichsweise langen Phase der Sucharbeitslosigkeit und einer damit einhergehenden graduellen Entwertung der Humankapitalinvestition gerechnet werden. Warum sollten die Beschäftigten in die Ausbildung eines mit entsprechend hohem Entwertungsrisiko behafteten Humankapitals investieren, wo ihnen doch prinzipiell auch Wege zur Ausbildung genereller Fertigkeiten offen stehen? Müsste eine Volkswirtschaft, die aufgrund ihrer Stellung in der internationalen Arbeitsteilung auf die Ausbildung sektorspezifischer Fertigkeiten angewiesen ist, nicht latent mit Problemen der Unterversorgung mit dem benötigten Humankapital konfrontiert sein, und müsste der Staat den betroffenen Beschäftigten im Fall der Arbeitslosigkeit nicht statusbezogene, also vom letzten erzielten Arbeitsentgelt abhängige Lohnersatzleistungen garantieren, um die Bereitschaft zu entsprechenden Investitionen zu fördern? Und wenn das so wäre: Sollten dann nicht auch die Arbeitgeber des hochproduktiven Exportsektors ein Interesse an der Gewährung solcher Sozialleistungen haben? Wir sehen sofort: Das ist eine kühne Überlegung – denn stimmt sie mit den Tatsachen überein, dann wären Abstriche an der Grundannahme der Machtressourcentheoretiker zu machen, dass der Wohlfahrtsstaat von der Arbeiterklasse und den ihnen nahe stehenden Parteien *gegen* die Interessen und *gegen* den Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt werden musste (siehe Ebbinghaus und Wenzelburger i. d. B.).

Das skizzierte Argument wird auf zwei Arten geführt und mit Empirie unterfüttert. In der historisch-genetischen Variante untersuchen Autoren wie Mares (2000, 2003) und Swenson (2002, 2004) entscheidende Wendepunkte bei der Entstehung moderner Wohlfahrtsstaaten und zeigen auf, dass die Haltungen der Arbeitgeber nicht von monolithischer Gegnerschaft geprägt waren. Beide Autoren argumentieren mit großer Vorsicht und warnen vor der Fehlinterpretation, der Wohlfahrtsstaat sei funktional und genetisch als Arbeitgeberinstrument zur Generierung von Wettbewerbsvorteilen zu verstehen. Swenson geht es um sektoral begrenzte, klassenübergreifende Koalitionen als Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Politik in den USA und Schweden (Swenson 2002) oder, in einem parallelen Argument, um die machtpolitischen Determinanten der Zentralisation der schwedischen und dänischen Tarifsysteme (Swenson 1991). Mares argumentiert noch zurückhaltender und stellt am Beispiel Deutschlands heraus, dass dominante Fraktionen des Kapitals – ihren ursprünglichen, „vorstrategischen“ Präferenzen folgend – in den zwanziger Jahren tatsächlich zunächst gegen die Einführung der allge-

meinen Arbeitslosenversicherung votierten. Um aber die aus ihrer Sicht schlechtesten Ergebnisse zu verhindern, ließen sich Unternehmen aus den hochproduktiven Exportsektoren auf Kompromisse ein und wurden so zu potenziellen Verbündeten der Reformflügel der Arbeiterbewegung. Die *agenda setter* und Architekten der Reformen, so stellt Mares heraus, waren keine Arbeitgeber, sondern Reformpolitiker, denen es gelang, auf Grundlage „nachstrategischer“, zweiter Präferenzen fragile Kompromisse zu schmieden und die sozioökonomischen Akteure auf diese zu verpflichten (Mares 2003).

Im Zentrum der revisionistischen Wohlfahrtsstaatsdebatte steht aber vor allem die mikrofundierte, wählerzentrierte Variante, die von Iversen und einigen Mitautoren vertreten wird (Estévez-Abe et al. 2001; Iversen 2005; Iversen und Soskice 2001; Iversen und Stephens 2008). Im Kern geht es dabei um eine Modifikation des Meltzer/Richard-Modells, das vom Einkommen des Wählers auf die Präferenz gegenüber staatlicher Sozialpolitik schließt und besagt, dass Wähler bis zum Medianeinkommen Befürworter von Umverteilung sind, Wähler oberhalb des Medianeinkommens hingegen Gegner. Diese Interpretation, so der Einwand, modelliere Einstellungen gegenüber Umverteilung im Prinzip korrekt, ignoriere aber die Versicherungsfunktion des Wohlfahrtsstaats, genauer: seine Schutzfunktion in Bezug auf nur begrenzt über Unternehmensgrenzen hinweg transferierbares Humankapital. Beide Funktionen, Umverteilung und Absicherung, seien im Wohlfahrtsstaat untrennbar verknüpft, und ebenso wie die Verfügung über physisches Kapital die Präferenzen gegenüber Umverteilung determiniere, präge die Verfügung über Humankapital die Präferenzen gegenüber der Versicherungsfunktion des Wohlfahrtsstaats. Wähler mit unternehmens- oder sektorspezifischem Humankapital, so zeigen Iversen und Soskice (2001) anhand von Umfragedaten, weisen auch dann noch eine Präferenz für Umverteilung auf, wenn man es aufgrund ihrer Einkommenshöhe nicht mehr erwarten würde. Die Autoren schließen: In Produktionsregimen, deren komplementäre Institutionen auf die Ausbildung spezifischen Humankapitals hinwirken, konkurrieren die großen Parteien um einen Medianwähler, der „pro Sozialstaat“ ist – und entwickeln deshalb eine dezidierte wohlfahrtsstaatliche Programmatik. Im Ergebnis wird die institutionelle Ausgestaltung des Produktionsregimes über den Umweg des Grads an Humankapitalspezifität zum Prädiktor für wohlfahrtsstaatliche Politik.

Es sei daran erinnert: Worauf es auch an dieser Stelle ankommt, ist das Potenzial eines Theorieansatzes, eine interessante Hypothese über einen vielbeforschten Gegenstand zu formulieren und damit eine Perspektive zu eröffnen, die den Expertinnen und Experten ansonsten möglicherweise verborgen bliebe. Dass eine Hypothese interessant ist, neuartig und zumindest mit so viel Anfangsplausibilität ausgestattet, dass sie Forschungsaufwand rechtfertigt, sagt noch nichts darüber aus, wie viel Varianz aufseiten der abhängigen Variablen sich mit ihr am Ende tatsächlich aufklären lässt. Aber selbst wenn nach sorgsamer Abwägung der empirischen Befunde wenig für den Gehalt der Hypothese spricht – zu diesem Ergebnis kommt beispielsweise Paster (2011) im Zuge seiner Auseinandersetzung mit der neuen Wohlfahrtsstaatsdebatte –, hat die Theorie im Forschungsprozess Erkenntnisgewinn erzeugt.

### 3.3 Die Globale Finanzkrise

Im dritten und letzten Beispiel geht es um die Frage, ob „Spielarten des Kapitalismus“ in der Forschung über die im Jahr 2007 ausgebrochene Finanzkrise Nutzen gestiftet hat. Warum hat es eigentlich keine globale Finanz- und Wirtschaftsregulierung gegeben, die den Ausbruch der Finanzkrise hätte verhindern können? Das hat nicht nur, aber auch mit den unterschiedlichen Interessen einiger marktliberaler Länder einerseits und einiger exportorientierter, koordinierter Länder andererseits zu tun (Iversen und Soskice 2012; Kalinowski 2013). Seit den 1980er Jahren setzten Großbritannien und die USA auf ein wettbewerbsfähiges Banken- und Börsenwesen und deregulierten daher ihre Finanzmärkte. Fortschritte bei der internationalen Einhegung der Finanzmärkte wussten diese Länder seither zu verhindern, weil dies ihren Interessen zuwider gelaufen wäre. Einen ähnlichen Effekt finden wir mit Blick auf die gänzliche Abwesenheit von internationalen Mechanismen zum Abbau realwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Initiativen, die in diese Richtung zielen, wären an exportorientierten Ländern wie Deutschland gescheitert, die danach streben, ihren Exportindustrien so wenig Schranken wie möglich aufzuerlegen.

Keine Überraschung sollte sein, dass die Finanzkrise ihren Ausgangspunkt in jenen liberalen Marktökonomien nahm, die ihre Finanzsektoren in den vorangegangenen zwei Dekaden am radikalsten dereguliert hatten (Green et al. 2010, S. 36–37). Neben den dort entstandenen Finanzinnovationen, die so kompliziert waren, dass sie auch von den Rating-Agenturen nicht mehr durchschaut wurden (Hiß und Nagel 2012), lässt sich auch die besonders in den USA erfolgte exzessive Kreditvergabe an Privathaushalte unter Rückgriff auf die ländervergleichende politökonomische Literatur analysieren: Sie wurde von einigen Autoren als „privatisierter Keynesianismus“ beschrieben und als Versuch gedeutet, den Finanzsektor als funktionales Äquivalent zu den Wohlfahrtsstaaten kontinentaleuropäischer Prägung zu nutzen (Crouch 2009). Während die Ursprünge der Krise also vor allem in den liberalen Marktökonomien verortet werden müssen, trugen die exportorientiert-koordinierten Ökonomien doch erheblich zu ihrer Ausbreitung bei (Iversen und Soskice 2012). Denn der Krise ging eine Phase voraus, in der einige exportorientierte Länder wie Deutschland große Handelsüberschüsse erwirtschafteten, deren Kehrseite transnationale Kapitalzuflüsse waren, die ihrerseits als grenzüberschreitende Katalysatoren der Krise wirkten (und die zudem die spekulativen Aktivitäten in den USA zusätzlich anheizten). Das Nebeneinander von realwirtschaftlichen Ungleichgewichten und zu ihrer Finanzierung notwendigen Kapitalflüssen kam auch nach dem Ausbruch der Krise nicht zum Erliegen, weil insbesondere die koordinierten Ökonomien – aus Gründen, die in Höpner (2013) ausgeführt werden – mit Lohnzurückhaltung zur Steigerung ihrer preislichen Wettbewerbskraft reagierten.

Schließlich wurden auch die seit 2008 zur Anwendung gekommenen Re-Regulierungen und Rettungspakete unter Rückgriff auf die „Spielarten des Kapitalismus“-Literatur analysiert. Weber und Schmitz (2011) zeigen, dass restriktivere Anforderungen an

die Kreditvergabe der Banken vor allem in liberalen Marktökonomien implementiert wurden, und Grossman und Woll (2014) weisen nach, dass sich die Überdimensionierung der dortigen Bankensektoren in entsprechend kostspieligen Rettungspaketen niederschlug. Zudem scheinen diese Länder in den Krisenjahren auch eine allgemein expansivere Fiskalpolitik betrieben zu haben (Cameron 2012). An dieser Stelle darf man sich den Erklärungswert der aus der „Spielarten des Kapitalismus“-Theorie abgeleiteten Hypothesen aber nicht allzu groß vorstellen. Wie Bermeo und Pontusson (2012) herausstellen, findet sich bei der ländervergleichenden Analyse der Maßnahmen zur Krisenbewältigung zwar Varianz, diese wird unter Zuhilfenahme von Theorien der vergleichenden Policy-Forschung (also nicht nur der „Spielarten des Kapitalismus“-Theorie) allerdings vergleichsweise wenig aufgeklärt (siehe auch Pontusson und Raess 2012; Grossman und Woll 2014). Es findet sich viel Gleichklang zwischen den in der Policy-Forschung unterschiedenen Ländergruppen und viel Varianz innerhalb dieser Gruppen.

---

#### **4 Fazit: Vom Nutzen enger Theorien**

In diesem Kapitel haben wir „Spielarten des Kapitalismus“ als einen jener Theorieansätze kennengelernt, die im Rahmen der Policy-Forschung zur Ableitung von Hypothesen genutzt werden können. Das bedeutet konkret: Wer – beispielsweise mit einem ländervergleichenden Untersuchungsdesign – die Bandbreite möglicher Erklärungen für eine bestimmte Ausprägung von Staatstätigkeit erfassen möchte, der sollte berücksichtigen, dass die beobachteten Länder nicht nur über jeweils spezifische sozio-ökonomische Entwicklungsstände verfügen, in unterschiedlichem Maße europäisiert und internationalisiert sind, von bestimmten Parteien regiert werden, eine bestimmte Struktur und Stärke von Interessensgruppen aufweisen und über ein spezifisches politisches System verfügen (für jedes Glied dieser Aufzählung steht ein Theorieansatz im Sinne dieses Bandes). Er oder sie sollte auch beachten, dass die betrachteten Länder über unterschiedliche Produktionsregime verfügen, mit jeweils eigenen Logiken des Zusammenwirkens der produktionsbezogenen Institutionen und spezifischen Wettbewerbsvorteilen auf den internationalen Märkten. Denn diese Merkmale können Auswirkungen auf die Politikgestaltung entfalten, die von keiner der anderen Theorieansätze erfasst werden. Wir haben uns mit fünf Grundpfeilern der Theorie beschäftigt: mit ihrer Unternehmenszentrierung, mit ihrem Fokus auf Institution zur Bereitstellung von Koordinationskapazität, mit der institutionellen Komplementarität, mit der Unterscheidung nationaler Spielarten des Kapitalismus und mit ihrer Thematisierung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und institutionellen Wandels. Zudem haben wir beispielhaft in drei Fachdebatten hineingeschaut, in denen derzeit unter anderem auch aus der „Spielarten des Kapitalismus“-Theorie abgeleitete Hypothesen getestet werden, und zwar die Debatten über Liberalisierungspolitik in koordinierten Ökonomien wie Deutsch-

land, über die Quellen wohlfahrtsstaatlicher Politik und über die Finanzkrise der Jahre 2007–2010.

Wir haben auch gesehen, dass Policy-Forscherinnen und -Forscher gewissermaßen ein spezifisches Theoriebedürfnis aufweisen. In der Mehrzahl der Fälle nimmt sich die Policy-Forschung ein erklärungsbedürftiges empirisches Phänomen zum Ausgangspunkt und geht von vornherein davon aus, mehrere Theorien konsultieren zu müssen, um für den weiteren Forschungsprozess sinnvolle Hypothesen generieren zu können. Was für eine Struktur sollte ein für diesen Zweck einsetzbarer Theorieansatz idealerweise haben? Er sollte so eng und präzise gefasst sein, dass sich die Hypothesen, die aus ihm folgen, deutlich von anderen abgeleiteten Hypothesen unterscheiden. Im besten Fall also gibt die Theorie nicht nur Auskunft darüber, welche Art empirischer Phänomene und möglicher Kausalitäten das Forschensubjekt besonders beachten sollte, sondern auch darüber, welche Elemente der Empirie im Lichte der Theorie *nicht* relevant sind und daher in den Zuständigkeitsbereich anderer Theorien fallen. Aus Sicht des Policy-Forschers hat eine gute Theorie Einsicht in ihre eigenen Grenzen.

Dieses Theoriebedürfnis ist keine Selbstverständlichkeit. Für viele andere Zwecke mag es legitim sein, Theorien vor allem für ihre Unvollständigkeit zu kritisieren und nach üppigen Theoriekörpern zu streben, nach „Generaltheorien“ und übergeordneten Orientierungsrahmen, die etwaige Erklärungen für alle nur denkbaren Facetten komplexer Empiriebestände bereithalten. Für die Policy-Forschung sinkt der Gebrauchswert von Theorien, die sich solchen „Generaltheorien“ annähern, aber rapide. Denn worin besteht für die Policy-Forschung der Nutzen einer Theorie, die dazu anleitet, auf politische Kräfteverhältnisse zu achten, auf die Machtverhältnisse zwischen sozialen Klassen, Schichten und Sektoren, auf soziale Bewegungen, Parteiensysteme, Regierungen, Vetopunkte, Ideologie, sozioökonomische Entwicklungsstände, Kultur, Diffusion, unbeabsichtigte Nebenfolgen zielgerichteten Handelns und internationale Einbindung? Gewiss, eine solche Theorie feuert so viele Schüsse ab, dass sie bei jedem nur denkbaren empirischen Puzzle mindestens einen Treffer landen wird. Aber den Nutzerinnen und Nutzern der Theorie fehlt, was sie im Rahmen der Policy-Forschung dringend brauchen: die präzise Anweisung, worauf sie schauen und was sie prüfen sollen, formulierbar in Gestalt einer distinkten Hypothese.

Warum die ausführliche Betonung dieses Umstands? Weil Leserinnen und Leser, die erstmals in den immer reichhaltiger werdenden Bestand an „Spielarten des Kapitalismus“-Literatur eintauchen, schnell erkennen werden, dass die Präferenz für schlanke, handhabbare Theoriekörper keineswegs von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Debatte geteilt wird. Immer mehr Elemente aus beispielsweise den Theorien über politische Systeme oder den Machtressourcentheorien scheint „Spielarten des Kapitalismus“ in sich aufnehmen zu wollen, und für immer mehr Fragestellungen scheint sie Zuständigkeit zu beanspruchen (siehe etwa Hancké et al. 2007; Hall und Thelen 2007; Cusack et al. 2010). Damit nähert sich der ursprünglich als schlanke Theorie gemeinte Theorieansatz zunehmend einem übergeordneten Analyserahmen an. Die

Notwendigkeit übergeordneter Orientierungsrahmen soll hier nicht bestritten werden, und auch das Ringen um geeignete Analyserahmen generiert zweifellos erhellende Debatten und wichtige empirische Fragestellungen. Immer schwieriger wird es aber gleichzeitig für die stets mit mehreren Theoriebeständen hantierende Policy-Forschung, den distinkten Kern der Theorie zu erfassen. Der Autor dieses Kapitels hofft, ein wenig zur Übersichtlichkeit beigetragen zu haben.

---

## Literatur

Ahlquist, John S. und Christian Breunig. 2009. Model-based Clustering and Typologies in the Social Sciences. *Political Analysis* 20 (1): 92–112.

Amable, Bruno. 2003. *The Diversity of Modern Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.

Amaeshi, Kenneth und Olufemi O. Amao. 2009. Corporate Social Responsibility in Transnational Spaces: Exploring Influences of Varieties of Capitalism on Expressions of Corporate Codes of Conduct in Nigeria. *Journal of Business Ethics* 86 (2): 225–239.

Bermeo, Nancy und Jonas Pontusson. 2012. Coping with Crisis: An Introduction. In *Coping with Crisis. Government Reactions to the Great Recession*, Hrsg. Nancy Bermeo und Jonas Pontusson, 1–31. New York: Russell Sage Foundation.

Beyer, Jürgen. 2004. Leaving Tradition Behind. Deutsche Bank, Allianz and the Dismantling of „Deutschland AG“. In *Wirtschaft in soziologischer Perspektive. Diskurs und empirische Analysen*, Hrsg. Michael Nollert, Hanno Scholtz und Patrick Ziltener, 177–192. Münster: Lit Verlag.

Beyer, Jürgen. 2007. Primat der Finanzmarktorientierung. Zur Logik der Auflösung der Deutschland AG. *Berliner Debatte Initial* 18 (4-5): 56–64.

Bispinck, Reinhard und Thorsten Schulten. 2009. Re-Stabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems. *WSI-Mitteilungen* 62 (4): 201–209.

Busemeyer, Marius. 2009. Asset Specificity, Institutional Complementarities and the Variety of Skill Regimes in Coordinated Market Economies. *Socio-Economic Review* 7 (3): 375–406.

Cameron, David R. 2012. European Fiscal Responses to the Great Recession. In *Coping with Crisis. Government Reactions to the Great Recession*, Hrsg. Nancy Bermeo und Jonas Pontusson, 91–129. New York: Russell Sage Foundation.

Chilosi, Alberto. 2012. Stakeholder Protection, Varieties of Capitalism, and Long-Term Unemployment. *European Journal of Comparative Economics* 9 (2): 197–228.

Crouch, Colin. 2009. Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime. *British Journal of Politics & International Relations* 11 (3): 382–399.

Crowley, Stephen und Miroslav Stanojević. 2011. Varieties of Capitalism, Power Resources, and Historical Legacies: Explaining the Slovenian Exception. *Politics & Society* 39 (2): 268–295.

Culpepper, Pepper D. 2005. Institutional Change in Contemporary Capitalism. Coordinated Financial Systems since 1990. *World Politics* 57 (2): 173–199.

- Cusack, Thomas, Torben Iversen und David Soskice. 2010. Coevolution of Capitalism and Political Representation: The Choice of Electoral Systems. *American Political Science Review* 104 (2): 393–403.
- Deeg, Richard und Gregory Jackson. 2007. Toward a More Dynamic Theory of Capitalist Variety. *Socio-Economic Review* 5 (1): 149–179.
- Estevez-Abe, Margarita, Iversen Torben und David Soskice. 2001. Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State. In *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Hrsg. Peter A. Hall und David Soskice, 145–183. Oxford: Oxford University Press.
- Fioretos, Orfeo. 2001. The Domestic Sources of Multilateral Preferences: Varieties of Capitalism in the European Community. In *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Hrsg. Peter A. Hall und David Soskice, 213–246. Oxford: Oxford University Press.
- Ganghof, Steffen. 2005. Kausale Perspektiven in der vergleichenden Politikwissenschaft: X-zentrierte und Y-zentrierte Forschungsdesigns. In *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, Hrsg. Sabine Kropp und Michael Minkenberg, 76–93. Wiesbaden: VS Verlag.
- Goyer, Michel. 2006. Varieties of Institutional Investors and National Models of Capitalism: The Transformation of Corporate Governance in France and Germany. *Politics & Society* 34 (3): 399–430.
- Green, Andy, Tarek Mostafa und John Preston. 2010. *The Chimera of Competitiveness: Varieties of Capitalism and the Economic Crisis*. LLAKES Research Paper. London: Institute of Education, University of London.
- Hall, Peter A. 2005. Institutional Complementarity and Political Economy. *Socio-Economic Review* 3 (2): 373–377.
- Hall, Peter A. 2007. The Evolution of Varieties of Capitalism in Europe. In *Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*, Hrsg. Bob Hancké, Martin Rhodes und Mark Thatcher, 39–85. New York: Oxford University Press.
- Hall, Peter A. und Daniel W. Gingerich. 2004. *Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Political Economy: An Empirical Analysis*. MPIfG Discussion Paper 2004-5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Hall, Peter A. und David Soskice, 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism. In *Varieties of Capitalism. Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Hrsg. Peter A. Hall und David Soskice, 1–68. Oxford: Oxford University Press.
- Hall, Peter A. und Kathleen Thelen. 2009. Institutional Change in Varieties of Capitalism. *Socio-Economic Review* 7 (1): 7–34.
- Hancké, Bob, Martin Rhodes und Mark Thatcher. 2007. Introduction: Beyond Varieties of Capitalism. In *Beyond Varieties of Capitalism. Conflict, Contradictions, and Complementarities in the European Economy*, Hrsg. Bob Hancké, Martin Rhodes und Mark Thatcher, 3–38. New York: Oxford University Press.
- Hieß, Stefanie und Sebastian Nagel. 2012. *Ratingagenturen zwischen Regulierung und Krise*. Baden-Baden: Nomos.

- Hoelscher, Michael. 2012. Spielarten des Kapitalismus und Kompetenzen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64 (3): 479–505.
- Höpner, Martin. 2007. *Coordination and Organization: The Two Dimensions of Nonliberal Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 2007/12. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Höpner, Martin. 2009. „Spielarten des Kapitalismus“ als Schule der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 3 (2): 303–327.
- Höpner, Martin. 2013. *Die Verschiedenheit der europäischen Lohnregime und ihr Beitrag zur Eurokrise. Warum der Euro nicht zum heterogenen Unterbau der Eurozone passt*. MPIfG Discussion Paper 2013/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Höpner, Martin, Alexander Petring, Daniel Seikel und Benjamin Werner. 2011. Liberalisierungspolitik: Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63 (1): 1–32.
- Höpner, Martin und Armin Schäfer. 2012. Integration among Unequals. *How the Heterogeneity of European Varieties of Capitalism Shapes the Social and Democratic Potential of the EU*. MPIfG Discussion Paper 2012/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Iseke, Anja und Martin Schneider. 2012. Transfer of Employment Practices, Varieties of Capitalism, and National Employment Systems: A Review. *Industrielle Beziehungen* 19 (2): 236–252.
- Iversen, Torben. 2005. *Capitalism, Democracy and Welfare*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Iversen, Torben und David Soskice. 2001. An Asset Theory of Social Policy Preferences. *American Political Science Review* 95 (4): 875–893.
- Iversen, Torben und David Soskice. 2012. Modern Capitalism and the Advanced Nation State: Understanding the Causes of the Crisis. In *Coping with Crisis. Government Reactions to the Great Recession*, Hrsg. Nancy Bermeo und Jonas Pontusson, 35–64. New York: Russell Sage Foundation.
- Iversen, Torben und John D. Stephens. 2008. Partisan Politics, the Welfare State, and Three Worlds of Human Capital Formation. *Comparative Political Studies* 41(4-5): 600–637.
- Kalinowski, Thomas. 2013. Regulating International Finance and the Diversity of Capitalism. *Socio-Economic Review* 11 (3): 471–496.
- Kißler, Leo, Ralph Greifenstein und Karsten Schneider. 2011. *Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mares, Isabela. 2000. Strategic Alliances and Social Policy Reform: Unemployment Insurance in Comparative Perspective. *Politics & Society* 28 (2): 223–244.
- Mares, Isabela. 2003. *The Politics of Social Risk. Business and Welfare State Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf. 1995. Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren. In *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Hrsg. Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf, 9–28. Frankfurt/New York: Campus.

- Mikler, John. 2009. *Greening the Car Industry. Varieties of Capitalism and Climate Change*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Nölke, Andreas und Arjan Vliegenthart. 2009. Enlarging the Varieties of Capitalism. The Emergence of Dependent Market Economies in East Central Europe. *World Politics* 62 (4): 670–702.
- Obinger, Herbert. 2004. *Politik und Wirtschaftswachstum. Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Paster, Thomas. 2011. *The Role of Business in the Development of the Welfare State and Labor Markets in Germany*. New York: Routledge.
- Pontusson, Jonas und Damian Raess. 2012. How (and why) is this Time Different? The Politics of Economic Crisis in Western Europe and the United States. *Annual Review of Political Science* 15 (1): 13–33.
- Pryor, Frederic L. 2010. *Capitalism Reassessed*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Rueda, David und Jonas Pontusson. 2000. Wage Inequality and Varieties of Capitalism. *World Politics* 52 (3): 350–383.
- Schmidt, Vivien A. 2002. *The Futures of European Capitalism*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Schneider, Martin R. und Mihai Paunescu. 2012. Changing Varieties of Capitalism and Revealed Comparative Advantages from 1990 to 2005: A Test of the Hall and Soskice Claims. *Socio-Economic Review* 10 (4): 731–753.
- Schröder, Martin. 2014. *Varianten des Kapitalismus. Die Unterschiede liberaler und koordinierter Marktwirtschaften*. Wiesbaden: Springer VS.
- Soskice, David. 1990a. Reinterpreting Corporatism and Explaining Unemployment: Co-ordinated and Non-coordinated Market Economies. In *Labor Relations and Economic Performance*, Hrsg. Renato Brunetta und Carlo Dell' Aringa, 170–211. London: Macmillan.
- Soskice, David. 1990b. Wage Determination: The Changing Role of Institutions in Advanced Industrialized Countries. *Oxford Review of Economic Policy* 6 (4): 36–61.
- Soskice, David. 1999. Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, Hrsg. Herbert Kitschelt, et al., 101–134. Cambridge: Cambridge University Press.
- Streeck, Wolfgang. 1991. On the Institutional Conditions of Diversified Quality Production. In *Beyond Keynesianism: The Socio-Economics of Production and Employment*, Hrsg. Egon Matzner und Wolfgang Streeck, 21–61. London: Edward Elgar.
- Streeck, Wolfgang. 2009. *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*. New York: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang. 2011. E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism. In *The Sociology of Economic Life*, Hrsg. Mark Granovetter und Richard Swedberg, 419–455. Boulder: Westview.

- Swenson, Peter A. 1991. Bringing Capital back in, or Social Democracy Reconsidered: Employer Power, Cross-Class Alliances, and Centralization of Industrial Relations in Denmark and Sweden. *World Politics* 43 (4): 513–544.
- Swenson, Peter A. 2002. Capitalists against Markets. *The Making of Labor Markets and Welfare States in the United States and Sweden*. Oxford: Oxford University Press.
- Swenson, Peter A. 2004. Varieties of Capitalist Interests: Power, Institutions, and the Regulatory Welfare State in the United States and Sweden. *Studies in American Political Development* 18 (1): 1–29.
- Taylor, Mark Zachary. 2004. Empirical Evidence against Varieties of Capitalism's Theory of Technological Innovation. *International Organization* 58 (3): 601–631.
- Thatcher, Mark. 2004. Varieties of Capitalism in an Internationalized World. Domestic Institutional Change in European Telecommunications. *Comparative Political Studies* 37 (7): 751–780.
- Walker, Martin. 2010. Accounting for Varieties of Capitalism: The Case against a Single Set of Global Accounting Standards. *British Accounting Review* 42 (3): 137–152.
- Weber, Beat und Stefan W. Schmitz. 2011. Varieties of Helping Capitalism: Politico-Economic Determinants of Bank Rescue Packages in the EU During the Recent Crisis. *Socio-Economic Review* 9 (4): 639–669.